

Zur ländliche Arbeitgeber.

Leider ist auf dem Lande der Diebstahl an Futter und sonstigen Gebrauchsgegenständen — vom Holsdiebstahl ganz zu schweigen — sehr verbreitet. Eine Frau, die sich Ohren weiden, einen Streifen zu entweiden, schneidet Gras oder Korn für ihr Vieh ohne weiteres, wo sie es findet. Auf den großen Gütern Norddeutschlands wird der Felderbstahl durch die in anderer Beziehung müßige Naturalzählung begünstigt. Die Arbeiter sind auf Viehhaltung angewiesen und wissen, daß ihnen der Arbeitgeber den Unterhalt für das Vieh zu gewähren hat. Es liegt daher nahe, das Futter auch da zu schneiden, wo es nicht erlaubt ist. Auch bei freien Arbeitern kommt der Felderbstahl oft vor, da dieselben häufig gar keine legale Forderung haben. Nicht selten findet auch die schwer zu ermittelnde Diebstahl der Pferdebesitzer an Futtertorn sowie der Drescher an Getreide. Was hat der Arbeitgeber in diesem Punkte zu thun, fragen wir, um die Ehre des Arbeiters erhalten oder wieder herzustellen zu helfen? Vor allem ist es seine Pflicht, die verproben Quantität vollständig zu geben, dann aber auch alles als Diebstahl zu brandmarken, was über das bewilligte Maß hinausgeht. Es ist ganz verfehlt, eine Geldbuße zu verhängen. Wie schließlich eine derartige Prozedur wirkt, mag folgendes, dem praktischen Leben entnommenes Beispiel zeigen: Vor einem Jahre wurden aus einer verlassenen Scheune eines Gutbes in Norddeutschland Weizen entwendet. Bei diesem Diebstahl war die größere Hälfte der auf dem Gute beschäftigten Drescher beteiligt. Die Sache wurde dem Staatsanwalt übergeben und Audienztermin angesetzt. Da der Gutbesitzer voraussetzte, daß die Leute ihre Haft gerade in der Ernte abzubüßen haben würden, einigte er sich mit denselben über eine sehr hohe Geldbuße und zog noch im Audienztermin seinen Antrag zurück. Nach einem halben Jahre, als wieder Korn in der Scheuer war, wurde von denselben Leuten wieder gestohlen; sie verließen außerdem beim nächsten Umzugsstermine das Gut.

Jeder Gutbesitzer sollte ferner des Wortes eingedenk sein: Olegeneit macht Diebe. Was verächtlich ist, sollte verschlossen werden. Die Futterkammer, in der das Korn für die Pferde aufbewahrt ist, oder auch der ganze Stall, lassen sich z. B. meist über Nacht verschließen. Selbstamer Weiz giebt es Vandwirlde, die ihre Pferdediebstahl durch einen Diebstahl verleiten. Sie gehen nämlich mit dem Grunde aus, daß nur derjenige ein guter Knecht ist, welcher für seine Pferde Heu, Korn, Kartoffeln u. s. aus den herrschaftlichen Futtervorräthen entnimmt oder einfach entwendet. Die Knechte, denen etwas derartiges nachgeschien wird, betreiben das Futterhefen zuerst in vermeintlicher besser Absicht. Ganz abgesehen davon, daß Futterverwechslung oft genug schon Krankheiten oder Tod von Pferden veranlaßt hat, gewöhnt sich mancher Knecht dadurch an den Diebstahl und bereitet denselben später auf eigene Rechnung. Eine derartige fast systematische Erziehung der Dienstboten zum Stehlen ist gar nicht zu unterschätzen und eine arme Verfassung der Pflichten, welche der Dienstherr gegen seine Untergebenen hat.

Es gilt aber auch in positiver Weise die Ehre des Arbeiters zu pflegen. Wie man dem unethischen Manne Beachtung fähig lassen muß, so sollte man auch dem ehrlichen Vertrauen und Achtung nie versagen. Dem armen Manne fällt es ja schwerer als dem besser Situierten, stets ehrlich zu sein. Jedenfalls ziemt es sich für den künftlichen Arbeitgeber, welcher der natürliche Erzieher seiner Untergebenen ist oder sein sollte, besser, sich einmal hintergehen zu lassen, als durch stetes Mißtrauen die Ehrlichkeit d. i. die Ehre der besseren seiner Arbeiter zu gefährden.

Antlicher Bericht

über die anherardentliche Sitzung der Stadtverordneten = Verammlung am 9. Juli 1878.

1) Der Anbau am rechten Thurm bedarf verschäbener, namentlich Reparaturn. Diefelben sind auf 1000 M veranschlagt und beantragt der Magistrat, selbige aus dem zur Disposition beider höchsten Behörden stehenden Fond zu bewilligen.

Die Bewilligung geschieht. Die Verammlung überließ es dem Herrn Stadtkanzler, ob er die Arbeit in Submission ausführen lassen will oder nicht.

2) Zum Wa resp. Translocirung der Krankenbaracke im Seichenbau resp. Bergischen Garten waren untern 26. Juli 1875 10350 M bewilligt. Gebebet hat dieselbe expl. der auf 699 M veranschlagt, noch nicht gezeigten Defen 11470 M 30 s.

Die Mehrzahlung betragt hiernach 1849 M 30 s und beantragt der Magistrat, selbige nachzubewilligen. Die Verammlung bewilligt 1150 M 30 s nach, vorbehaltlich der Rechnunglegung und erucht den Magistrat, die für Defen zu veranschlagte Summe erst dann zu beantragen, wenn die Defen gesetzt werden sollen.

3) Die Witwe Hoff erucht die ihr für 70,18 qm abzutretendes Terrain zur Straßen-Verbreiterung gebundene Entschädigung für 2000 M für eine unzureichende, da bei der geringen Tiefe ihres Grundstücks der von ihr projektirte Bau im Wesentlichen alterirt wird.

Sie verlangt eine Entschädigung von 3000 M. Die Baubeamtungen befürworteten deren Bewilligung, da eine event. Appropriation eine geringere Entschädigung nicht erwarten läßt, und beantragt der Magistrat deren Bewilligung. Die Verammlung lehnt den Magistrats- Antrag ab.

4) In der Sitzung vom 26. Juni cr. hat die Verammlung den Antrag des Magistrats — sich mit der unentgeltlichen Ueberlassung eines Wegrundstücks auf der Martinstraße von circa 264 qm und Zahlung von 2300 M an den Zimmermeister Koepf hier gegen Uebernahme verschiedener Verpflichtungen — genehmigt, mit Ausnahme des Schlüssels, nach welchem das dem r. Koepf zu überlassende Terrain erst dann übergeben werden soll, wenn der Eigentümer demnachst offen gelegt sein wird. Auf diesen Schlüsselsatz ist die Genehmigung und deshalb nicht ausgeführt, weil selbiger in der vorgedachten Sitzung vom Referenten nicht vorgebracht und darüber debattirt worden ist.

Der Magistrat beantragt deshalb Vervollständigung des erwähnten Beschlusses bezüglich des Schlüsselsatzes seines Antrages.

Die Verammlung beschließt gemäß dem Antrage des Magistrats.

5) Der Magistrat beantragt, die befürs Pflasterung und Trottoirirung der Durchbruchstraße zwischen der großen Brauhausgasse und der neuen Promenade erforderlichen Mittel in Höhe von 3600 M bewilligen zu wollen.

Die Bewilligung geschieht, vorbehaltlich der Rechnungslegung. Die Verammlung betont dabei, daß sie die Ausführung der Arbeiten in Submission erwarre.

6) Der Magistrat beantragt, gelegentlich der Neupflasterung der Königsstraße, mit Verstellung eines um 1,50 m verbreiterten Trottoirs und dessen Verpflanzung mit amerikanischen Ulmen auf der Strecke vom Königsplatz bis zur Landwehrstraße, mit Verzahnern längs des Königsplatzes an der Nordostseite der Königsstraße sich einverstanden zu erklären.

Eine Vermehrung der bewilligten Mittel wird dieserhalb nicht erforderlich werden.

Die Verammlung nimmt den Magistratsantrag an.

7) Der Magistrat beantragt, die andrückliche Erklärung abgeben zu wollen, daß die bereits beschlossene Flächen-Regulirung in der Weizgräfstraße nicht allein die Häuser Nr. 105 — 108, sondern gleichzeitig auch das Hausgrundstück Nr. 4 mit umfaßt.

Die verlangte Declaration wird gegeben.

Die übrigen Verhandlungsgegenstände wurden verlagt.

Aus dem Jahresbericht der hiesigen Handelskammer.

Der Geschäftsgang bei der Bierbrauerei ließ im vorigen Jahre viel zu wünschen übrig. Der Bierkonsum dürfte bei dem geringeren Verdienst der arbeitenden Klassen der Bevölkerung eher ab, als zugenommen haben. In Folge des verringerten Bierabzuges verrieth sich die Konkurrenz unter den Bierbrauereien und trat nur noch dazu bei, den durch die hohen Hopfenpreise ohnehin reduzirten Nutzen noch wesentlich zu schmälern.

Der Malzverbrauch hat im Gebiete der norddeutschen Brauereigemeinschaft im Jahre 1877 um ca. 10 Millionen kg (= 200000 Cennern) gegen das Vorjahr abgenommen. Zugleich sind noch immer neue Malzfabriken entstanden und die Produktion gesteigert worden. Die Folge davon ist ein, besonders seit dem Herbst des vorigen Jahres, überstarkes Angebot von Malz, welches die Nachfrage weit übersteigt. Bei dieser Sachlage ist voranzusehen, daß, während in den vergangenen Jahren die Mehrzahl der mitteldeutschen Malzfabriken im Stande war, ihr Anlagekapital zu verzinßen, dies in den kommenden Jahren nur einer kleinen Zahl besonders günstig arbeitender Fabriken noch möglich sein wird. Eine Wendung zum Bessern kann nur durch eine allgemeine Senkung der Erwerbsverhältnisse, besonders für die Malzfabrikation durch eine Wiederzunahme des Malz konsumirenden Bierverbrauchs erfolgen.

Die Resultate der Spiritifabrikation sind auch im vorigen Jahre sehr ungünstig gewesen. Ueber das Darniederliegen dieser Branche und die Ursachen dafür ist seit Jahren so viel geschrieben und maßgebendes Dirs vorgetragen worden, selbst im preislichen Landtage sind deshalb Interpellationen an die hohe Regierung gerichtet worden, daß der Bericht, um Wiederholungen zu vermeiden, auf diese auch von der Kammer ausgegangenen Kundgebungen nur Bezug nimmt. Leider sind die vielbesagten Uebelstände bis heute noch nicht beseitigt und haben dieselben es veranlaßt, daß auch das Jahr 1877 für die Spiritifabrikation ein verlustbringendes gewesen ist. Die vielfach gerügten Differentialtarife bestanden auch im vorigen Jahre noch fort und schienen dieselben, trotz dem daß die Tarifreform mit allen Kräften durchgeführt werden sollte, für's Erste noch fortbestehen zu sollen. Es wird im Interesse unserer Spiritifabrikation tief beklagt, daß die künftlichen Staatsbahnen in unserem Bezirk die Frachten durch Einführung des Reformtarifs nicht umwettbewerblich erhoben, indem sie auch die billigeren Verbindungen ausbilden, während die Staatsbahnen im Süden keine Zeit dazu fanden, ihre Tarife nach dem neuen System umzurechnen und somit die den Osten so sehr begünstigenden, Mitteldeutschland so schwer schädigenden Differentialtarife ruhig fortbestehen lassen.

Das Spiritgeportgeschäft will sich, wie es scheint, nicht wieder beleben, wofür unter Anderem auch die fürjörge der Spirit konsumirenden Staaten für ihre heimische Industrie, die sie durch Schutzzölle u. s. w. zu bevorzugen suchen, als Ursache angeführt zu werden verdient, was nichts deutscherseits für die Behebung des Exports so gut wie nichts geschieht.

Die nun seit Jahren anhaltende Geschäftstodung in fast allen Branchen hat sich im vergangenen Jahre auch bei der Cigarrenfabrikation weiter fühlbar gemacht, indem der Absatz schwer und nur zu gedrückten Preisen zu erzielen war. Es kamen bedeutende Verluste an den Augen-

ständen hinzu, selbst bei einer sonst guten und zahlungs-fähigen Kaufschaft, um das Geschäft noch verlustbringender zu machen. Unter diesen Verhältnissen sind die Klagen der Anfuhranten über die immer wiederkehrenden Steuerprojekte und geplanten Zollerhöhungen für Tabak wohl erklärlich und auch berechtigt. Die Ungewißheit über das unendliche Schicksal dieser hartnäckig wieder auftauchenden Projekte wirkt lähmend und gradezu vernichtend auf die betreffende Industrie und ist daher eine baldige Entscheidung dringend erwünscht.

Der Geschäftsgang in Kolonialwaaren war, den allgemeinen Verhältnissen entsprechend, im vorigen Jahre sehr still.

Schließlich bringt der Bericht sehr ausführliche Nachrichten, tabellarische Zusammenstellungen u. über den Zollerkehr und Viehmarktverkehr in Halle, den Verkehr dem Haleschen Schaute, über die Umlage der Reichsamtstelle Halle, über die Sparkassen, das Versicherungswesen, den Post-, Telegraphen- und Eisenbahverkehr, die Schiffahrt auf Saale und Unstrut, über die Kontrakte und handelsrichterlichen Eintragungen, über das kaufmännische und gewerbliche Schul- und Berufswesen, über die Tätigkeit und leistungsfähigen Veränderungen im Besande der Handelskammer.

Gerihtshof.

Berlin, 5. Juli. Die Arbeiterentlassungen ohne vorherige Kündigung haben jetzt zu einem beschwerlichen Erkenntnis geführt, welches, wie wir von vornherein bemerken wollen, zum Nachtheil der Arbeitgeber ausgefallen ist. Mehrere in einer hiesigen größeren Fabrik für Gas- und Wasseranlagen beschäftigt gewesene Arbeiter waren vor einiger Zeit plötzlich entlassen worden. Der Arbeitgeber glaubte diese Maßregel unter Hinweis auf einen diesbezüglichen Patentanspruch der Arbeiter zu rechtfertigen, nach welchem in gewissen Fällen eine Kündigung bei einer Dienstentlassung ausgeschlossen ist, begründen zu können, während die entlassenen Arbeiter noch für die nächsten 14 Tage Lohn von je 30 M beanpruchten. Das hiesige Gerihtshof entschied angesehene Gewerbergerrät des hiesigen Magistrats solvante auch zu Gunsten der Arbeiter und das Stadgericht erkannte, nachdem der Fabrikbesitzer gerichtliche Entscheidung beantragt hatte, im nämlichen Sinne. In dem Erkenntnis wurde ausgesprochen, daß die zunächst geltend gemachte klägerische Forderung, die für Iebermann sichtbar in der Fabrik ausgeführte Fabrikordnung müsse den Klägern bekannt sein, eine irrtümliche sei, weil die Kläger keine Verpflichtung hatten, die an den Wänden befindlichen Plakate zu lesen. Sodann könne aber auch durch eine derartige einseitige Bestimmung die deutliche und klare gesetzliche Vorschrift, wie sie der § 110 der Gewerbeordnung aufstellt, nicht willkürlich geändert und die Absicht des Gesetzgebers somit auf Kosten des Gegners vereitelt werden. Aus dem allgemeinen Befehlen einer Fabrikordnung an sich folge nicht auch selbstverständlich schon der Ausschluß der Kündigung.

Literarisches.

Das Juliheft der „Deutschen Rundschau“, herausgegeben von Julius Rodenberg, (Verlag von Gebrihr Pötel, Berlin) enthält: Das Verbrechen gegen den Kaiser. — Skizzen aus Neapel, von Paul Heyse. — Efeu, Novelle (I) von Gustav zu Putlig. — Jellseelen und Seelenzellen von Ernst Haedel. — Die belletrische Bewegung unter dem Jullfönigthum, von Karl Hillebrand. — Die Lage des Orients. — Fortsetzung der Briefe der Familie Römer, 1804—1815, herausgegeben von Prof. Alb. Weser in Berlin. — Eduard Hanslick bepricht die Pariser Musikszulände während der Weltausstellung, Karl Frenzel das Gaspiel des Meinungsigen Hoftheaters in Berlin.

Ein Turnfest.

So wie vor Kurzem der Erstwüriger Turnverein in würdiger Weise ein Sommerturnen feierte, wird auch der niedere Turnverein kommenden Sonntag den 14. Juli sein erstes diesjähriges Schauturnen und zwar mitten im grünen Walde, in der dläuer Haide, nahe der ehemaligen Kaiserliche, abhalten. Die Festlichkeit, welche nur eine rein turnerische sein soll, verpricht in so fern eine größere zu werden, als die Turnvereine der nächsten Umgebung, merjeburger Männer- und allgemeiner Turnverein, Kaufstäd, Hechtensheim, Cröllwitz, halescher und Jahnscher Turnverein an diesem Schauturnen theilnehmen werden. Da diese Vereine sämmtlich sehr gute Kräfte besitzen, können wir erwarten, ein gutes und bewegtes Turnen, ganz besonders ein vollstämmliches Schauturnen, zu sehen. Das Tagesprogramm ist folgendes: Empfang und Sammelplatz im Vereinslokale (goldener Stern) Nachmittag 2 Uhr, Anzug von hier nach dem Turnplatz in der Haide, hierelbst Begrüßung und Ansprache an die Versammelten, allgemeiner Gesang. Dann folgen die Freiwüdingen, Schulturnen in Riegen aller anwesenden Vereine, mit Wechsel der Geräte, hierauf Kürturnen. Nach Schluß des Turnens allgemeiner Gesang. Rückmarsch nach dem Vereinslokale, wofelbst ein geliches Besanmenessen und Concert der dläuer Bergsänger stattfinden. Auf Einladung werden sich auch der Krieger- und der Gesangverein von Nienleben an dieser Festlichkeit theilnehmen. Wir wünschen den Vereinen, daß ihnen der kommende Sonntag ein recht günstiges Wetter bringen möge; dann wird sich auch die in einfacher und schlichter Weise gehaltene Turnfeier, besonders für Nienleben, zu einem kleinen Volksfeste gestalten, denn auch den umliegenden Driehofen und aus anferem Halle eilt wohl Jeder gern einmal nach unserer Haide. „Gut Feil!“

Wahlflugblatt No. 1.

Dem durch unsern Wahlauftritt vom 24. Juni zum Reichstags-Abgeordneten vorgeschlagenen

Herrn Regierungs-Präsidenten a. D. Stadtrath Rothe zu Halle a/S.

ist von den vereinigten Fortschrittsmännern und Nationalliberalen trotz eines innerhalb der eigenen Partei erhobenen Protestes und gegen eine erhebliche Minderheit Herr Professor Boretius nach langem Zögern entgegen gestellt worden.

Aus der Ansprache des Herrn Boretius und aus seiner in der Versammlung der Vertrauensmänner am 2. Juli gehaltenen Rede läßt sich sein politischer Parteistandpunkt klar und bestimmt nicht erkennen: die Vordersätze werden durch Einschränkungen, welche sie in den Nachsätzen erfahren, vielfach aufgehoben. Ein so allgemein gehaltenes Programm hat zwar den Vortheil, daß Leute von sehr verschiedener politischer Schattirung es unterschreiben können, zugleich aber den großen Nachtheil, daß Niemand voraussetzen vermag, wie die **Abstimmungen** des Herrn Professor Boretius ausfallen würden: und darauf kommt es bei einer Wahl doch vor allem Anhand an; das ist der Punkt, über welchen unbedingt Klarheit geschaffen werden muß.

Zwei Fälle sind möglich:

Entweder steht Herr Professor Boretius auf dem Standpunkt des Herrn Präsidenten Rothe, wie solches von einem Theile seiner Anhänger unter der Hand verbreitet wird. Dann kann Niemand im Zweifel sein, wenn er seine Stimme zu geben hat, ob dem, nach einer langen und ehrenvollen Laufbahn mit den praktischen Verhältnissen des Landes, insbesondere mit den Bedürfnissen unseres Wahlbezirks auf das Innigste vertrauten Herrn Präsidenten Rothe, der jüngst in einer Wahlversammlung sogar von fortschrittlicher Seite für einen Mann erklärt worden ist, „welcher das Vertrauen nach gründlich vielen Richtungen verdient“, oder Herrn Boretius, dem nur in einem sehr kleinen Kreise bekann, erst seit einigen Jahren in Halle wohnhaften und mit Land und Renten — wie es nicht anders sein kann — nur wenig vertrauten Gelehrten.

Das fühlen denn auch die Anhänger dieses letzteren selbst und sie suchen sich durch Verbreitung des Gerüchtes zu helfen, daß Herr Präsident Rothe gewonnen sei, nur auf die Dauer eines Jahres das Mandat anzunehmen, dann aber dasselbe niederzulegen, so daß schon im nächsten Jahre eine Neuwahl erforderlich sein würde. Ebenso behauptet man, derselbe habe die Absicht nur zu den Abstimmungen des Reichstages nach Berlin zu fahren, im Uebrigen aber an den Sitzungen und Beratungen nicht theilzunehmen. **Dem gegenüber haben wir im ausdrücklichen Auftrage des Herrn Präsidenten Rothe auf das Allerbestimmteste bereits öffentlich erklärt und erklären hiermit nochmals, daß er im Falle der Wahl seinen Obliegenheiten als Mitglied des Reichstages mit derselben Pflichtigkeit nachzukommen gedenkt, wie nur irgend ein Abgeordneter.** Alle diejenigen unserer Gegner, welche diese und ähnliche Gerüchte hinfort noch weiter verbreiten sollten, würden mit Bewußtsein die Unwahrheit sagen.

Oder: Herr Professor Boretius steht weiter links, als der Präsident Rothe. In der That setzen sowohl seine eigenen Äußerungen, als die anderer maßgebender Männer dies völlig außer Zweifel. Herr Professor Boretius hat im Eingang seiner Wahrede vom 2. Juli geradezu erklärt, daß er mit dem bisherigen Vertreter Halle's im Wesentlichen auf dem gleichen politischen Standpunkte stehe. Dieser bisherige Vertreter aber, Herr Oberamtmann Spielberg, gehörte bekanntlich Anfangs zur Fortschrittspartei; von dieser hat er sich getrennt, ohne den Nationalliberalen beizutreten. Ihm erscheint also selbst der linke Flügel der nationalliberalen Partei, insbesondere der Standpunkt Lasfers, noch alzu konservativ. Er hat nach Anhörung der Rede des Herrn Professor Boretius sich dahin geäußert, daß er nicht bloß im Großen und Ganzen, sondern auch im Einzelnen mit Herrn Boretius übereinstimme und mit der Bemerkung geschlossen: „**Ja! ich kann wohl sagen, er (Boretius) geht in manchen Dingen noch weiter links, als ich.**“

In gleichem Sinne hat Herr Professor Hahn die Situation dahin zusammengefaßt: „Was seien das für Liberale, die Herrn Spielberg wählen würden, aber den Mann, der, wie er (Spielberg) selbst sagt, völlig gleicher Ansicht mit ihm wäre, nicht wählen würden!“

Also: Herr Spielberg geht Herr Lasfer zu weit rechts; Herr Boretius steht auf dem Standpunkte des Herrn Spielberg; nach Angabe des letzteren sogar in einigen Punkten noch weiter links. Herr Boretius steht also ohne alle Frage in keiner Beziehung weiter rechts als der Abgeordnete Lasfer.

Eine Stärkung des rechten Flügels der nationalliberalen Partei entgegen der Richtung des Herrn Lasfer ist also von Herrn Boretius nicht zu erwarten.

In der That, diejenigen Wähler, welche noch jetzt der Ansicht sind, daß Herr Spielberg unser geeigneter Vertreter sein würde, aber auch nur diese, können dem Herrn Professor Boretius ohne Bedenken ihre Stimmen geben, der, wie die Saale-Zeitung in Nr. 154 rühmend hervorhebt, schon als Zeitungs-Redakteur „gegen die konservativen Neigungen des Reichstages“ aufgetreten ist.

Diejenigen aber, welche der Ueberzeugung leben, daß es einer **Stärkung der Regierungs-Autorität** bedürfe, und die Ansicht vertreten, daß der aufgelöste Reichstag kein korrekter Ausdruck des Willens der Bevölkerung gewesen sei, die daher die Auflösung desselben durchaus billigen, — diese Wähler haben die Verpflichtung ihre Stimme einem Manne zu geben, der entschlossen ist, nicht eben so weit, geschweige denn noch weiter mit der Linken zu gehen, als unser bisheriger Vertreter im Reichstag gethan hat.

Wähler in Stadt und Land,

laßt Euch bei eurer politischen Pflichterfüllung am Wahltag durch Nichts beirren, insbesondere auch nicht durch den Vorwurf der Fahnenflucht, welchen die Zeitungen der Gegenwart schon jetzt gegen Diejenigen erheben, welche früher Herrn Spielberg gewählt haben, dieses Mal aber für Herrn Präsidenten Rothe zu stimmen gewillt sind.

Man will also die Pflichten des Soldaten, der seinem Kriegsherrn unbedingten Gehorsam gelobt hat, auf eine Linie stellen mit den Obliegenheiten eines Wählers gegenüber der politischen Partei, welcher er sich freiwillig befehlig angeschlossen hat, weil ihre Grundzüge den seinigen zu entsprechen schienen. Der Soldat freilich darf nicht prüfen, ob Dasjenige das Rechte sei, was ihm befohlen wird; dem Wähler hat Niemand Befehle zu ertheilen: nur seiner freien Ueberzeugung darf er folgen; er würde gegen seine allererste Pflicht verstoßen, wollte er seine Ueberzeugung den angeblichen Interessen einer politischen Partei zum Opfer bringen.

In weiten Kreisen unseres Volkes haben die Erfahrungen der letzten Jahre die Ueberzeugung erweckt, daß die von der bisherigen Mehrheit des Reichstages eingeschlagene Richtung nicht weiter verfolgt werden kann. **Die Meinung des Landes ist in diesem Augenblicke mehr, als je zuvor, auf Seiten der Regierung;** sie braucht nicht erst künstlich dahin geleitet zu werden, sie wird auch — wir hoffen es — am Wahltag zum Ausdruck gelangen. Darum geben die Gegner die Schlacht schon halb verloren; sie wissen, daß ein großer Theil der Nationalliberalen für die Wahl des Herrn Präsidenten Rothe stimmen wird.

Aber noch sind wir nicht am Ziele; die Gegner werden es an Versuchen, uns den Sieg zu entreißen, nicht fehlen lassen. So sei dem Jeder, der mit unseren Gefinnungen einverstanden ist, am 30. Juli an der Wahlurne und gebe seine Stimme ab für den

Regierungs-Präsidenten a. D. Stadtrath Rothe zu Halle a/S.

Halle a/S., den 10. Juli 1878.

Die Unterzeichner des Wahlauftritts vom 24. Juni.

Im Auftrage:

Göding. Jordan. Meier. Roth. Sacke. Schlieckmann. Volkmann. Zimmermann.

Zu unserm Wahlauftritte vom 24. Juni haben ihren Beitritt ferner die nachfolgenden genannten Herren erklärt:

vom Hagen, Bürgermeister. Dr. Kühn, Professor. Dr. Erdmann, Professor. G. Rudloff-Wörmlitz. Dr. Dryander, Consistorialrath. Scheidelwitz, Landschafts-Direktor. von Tiedemann, königlicher Landbauinspektor. Dr. Beytschlag, Professor. Kessel, Eisenbahn-Direktor. Golke, Kreisgerichtsrath. Dr. Herbst, Gymnasial-Direktor. Dr. Reuenhaus, Consistorialrath. A. Bieler, Rittergutsbesitzer in Merbig. Augustin. Dr. Benedix, Gerichts-Assessor zu Esbeck. Benne, Oberpostsekretär. Bier, Lehrer. B. Berger, Postsekretär. Beyler, Waidenmeister. G. Berger, Schlossermeister. G. Behrendt, Tischlermeister. J. M. Beckmann. Beizmann, Ober-Postdirektionssekretär. W. Becker. R. Diethel. Lehner. Dippold. W. Eckstein, Buchbindermeister. Ehlich, Lehrer. Frisch, Postsekretär. W. Fischer, Lehrer. G. Frosch, Oberbürgermeister a. D. G. Görke. Gräper, Postrath. Freiherr von der Goltz, General-Agent. G. Große, Lehrer. G. Grunewald, Pastor in Giebichenstein. G. Hestling, Hotelier in Gönern. Gering, Postdirektor. Hohenhausen, Pastor em. Halbrecht. Th. Heine, Ortsbesitzer in Deutleben. Hoffbauer, Pastor in Ammendorf. F. Karnagel, Lehrer. Kölling, Krefse, Kreis-Stenograph a. D. A. Kuhn, Mühlen-Dameister. A. Kunze, Landpredigt, Stadtrath. Dr. R. Lehmann, Oberlehrer. Lehmann, Postsekretär. F. Lütze in Giebichenstein. G. Lindenstein. Löbus, Cantor in Weesenlaublingen. D. Lohse, Lehrer. F. Lohse, Eisenbahn-Postinspektor a. D. Fr. Meyer, Gymnasiallehrer. Z. Meyer, Lehrer. C. Matthes, Sattlermeister. R. Meinhardt. F. Müller, Premier-Adjut. a. D. Noad, Postsekretär. Otag. Sauth, Lehrer. Pöchner, Postsekretär. Portius, Kreis-Gerichtsrath. Pudor, Postsekretär. F. Rehner. Reimide, Ortsbesitzer in Kabas. B. Schade, Lehrer. Graf Scherwin, Oberst-Adjut. a. D. Schmieder, Postsekretär. Schmiedel, Postsekretär. Scharlach, Schuldirektor. F. Schönbrodt, Ortsbesitzer in Nietleben. Siegert, Rentant. Schulze, Postsekretär. Sommer, Lehrer. Sydow, Kreisrichter. von Studrad, Strafanstalts-Direktor a. D. Thiele I., Lehrer. G. Thiele II., Lehrer. Trappe, Maurermeister. Ziegler, Lehrer. A. Weddy, Kaufmann. Weterling. A. Wipplinger, Hauptmanns-Assistent. Wipplinger, Post-Assistent. F. Witthuhn. Zehler, Lehrer. Zietlow, Postsekretär.

Für die Redaction verantwortlich G. Bobardt. — Expedition im Waifenhaufe. — Druck der Buchdruckerei des Waifenhaufes.